
2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages



Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

a) die Mitglieder des Präsidiums

Karl-Josef Denzer
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Dieter Haak
Bezirk Westliches Westfalen
Ursula Kraus
Bezirk Niederrhein
Helga Schmedt
Landesvorstand
Jürgen Wilhelm
Bezirk Mittelrhein



b) die Mitglieder der Mandats- prüfungskommission

Max Archimowitz
Landeskontrollkommission
Wolfgang Brinkmann
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Erika Demtröder
Bezirk Westliches Westfalen
Erwin Hüsken
Bezirk Westliches Westfalen
Hans Kalkbrenner
Bezirk Mittelrhein/
Landeskontrollkommission
Cornelia Lotte
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Karl Mirus
Landeskontrollkommission

Wilfried Mittelberg
Landeskontrollkommission
Helmut Spathmann
Bezirk Niederrhein
Eva Staudacher
Bezirk Niederrhein
Johannes Veith
Bezirk Mittelrhein
Rainer Verhoeven
Landeskontrollkommission

c) die Mitglieder der Zählkommission

Anneliese Dether
Bezirk Niederrhein
Gerhild Dillbohner
Bezirk Niederrhein
Ulrich Ewering
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Günter Galla
Bezirk Westliches Westfalen
Klaus Hebell
Bezirk Westliches Westfalen
Hans-Peter Juretzki
Bezirk Mittelrhein
Roland Katzy
Bezirk Niederrhein
Manfred Lucas
Bezirk Mittelrhein
Dieter Meurer
Bezirk Mittelrhein
Ruth Nabel
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Karl-Heinz Nentwig
Bezirk Westliches Westfalen

Günter Tiemann
Bezirk Ostwestfalen-Lippe

d) Als Mitglieder der Antrags- kommission wurden bestätigt:

Franz-Josef Antwerpes
Landesvorstand
Franz Bender
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Friedhelm-Julius Beucher
Bezirk Mittelrhein
Ingeborg Friebe
Bezirk Niederrhein
Jörg Grahl
Bezirk Niederrhein
Erich Heckelmann
Bezirk Niederrhein
Heinz Menzel
Bezirk Westliches Westfalen
Erhard Nagel
Bezirk Mittelrhein
Jürgen Saft
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Heinrich Tiekötter
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Günter Topmann
Bezirk Westliches Westfalen
Hans Urbaniak
Bezirk Westliches Westfalen
Klaus Wengst
Bezirk Mittelrhein
Fritz Ziegler
Landesvorstand
Christoph Zöpel
Landesvorstand

3. Beschlußfassung über

a) Tagesordnung und

b) Geschäftsordnung

Nachstehende Tagesordnung wurde angenommen:

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission;
3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
4. Grundsatzreferat: „Sozialdemokraten in der Verantwortung“, Johannes Rau;
5.
 - a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge,
 - b) Bericht der Kontrollkommission, Karl Mirus;
6. Aussprache zu 4. und 5.;
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
8. Behandlung der Anträge
 - a) zur Satzung des Landesverbandes,
 - b) übrige Anträge und Entschlüsse;
9. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c) der Beisitzer
 - d) der Landeskontrollkommission
 - e) eines Mitglieds des Parteilates;
10. Schlußwort.





Delegierte des Bezirks Ostwestfalen-Lippe

Nachstehende Geschäftsordnung wurde einstimmig beschlossen:

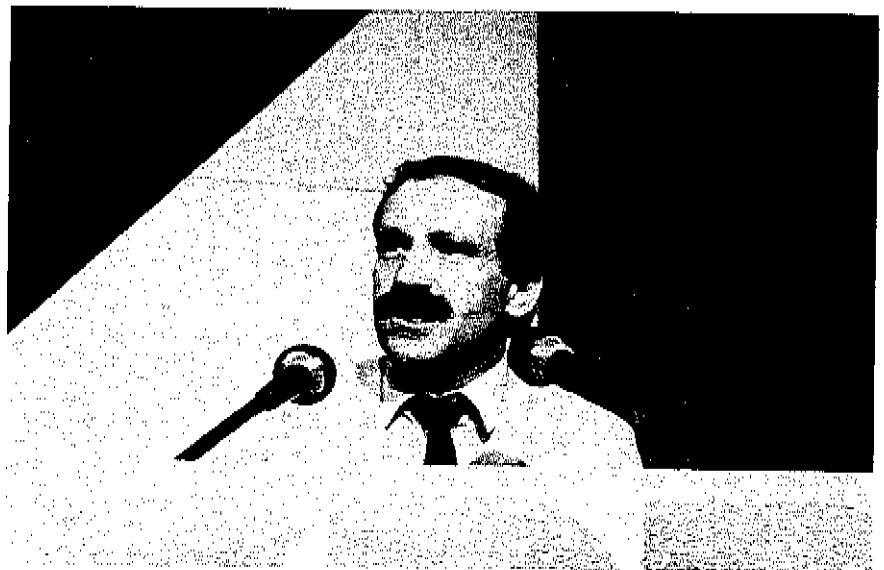
1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (§ 9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.
Nacheinander werden gewählt:
 - der Landesvorsitzende,
 - die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen,
 - die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.
Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt.
Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativanträge. Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (15. Mai 1981) nicht absehbar war. Antragsschluß für Initiativanträge und Wahlvorschläge ist der 27. Juni 1981, 11.30 Uhr.
Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur an Schluß der Debatte zulässig.

5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Rainer Maedge

„Liebe Genossinnen und Genossen, Johannes Rau hat es deutlich gemacht: Wir stehen in der politischen Pflicht, den Wahlkampfslogan, mit dem wir am 11. Mai 1980 zur Landtagswahl angetreten sind: „Wählen gehen, damit NRW sozial und der Frieden sicher bleibt“, einzulösen, ihn in reale Politik umzusetzen. Das heißt: Politik für Arbeitnehmer und Politik zur Sicherung des inneren und äußeren Friedens. Das sind – auf einen knappen Nenner gebracht – die Aufgaben, die vor uns liegen.“

Die Voraussetzungen dafür, daß wir auf Landesebene diese politischen Aufgaben jetzt parlamentarisch verantwortlich lösen können, sind in der abgelaufenen Wahlperiode des Landesvorstandes geschaffen worden.

Kein Zweifel: Vorbereitung, Durchführung und auch die notwendige Nacharbeit des Landtagswahlkampfes war der Schwerpunkt in den vergangenen zwei Jahren. Hierüber und über weitere Maßnahmen des Landesvorstandes und seiner Gremien im Berichtszeitraum legt der schriftliche Tätigkeitsbericht Rechenschaft ab.



In geraffter Form will ich diesen Bericht ergänzen, denn die aktuelle politische Lage verlangt mehr einen Blick in die Zukunft, die politisch perspektivische Diskussion, weniger nach einem Blick zurück.

Die Zukunft ist unsere Aufgabe, aber um zu planen, bedarf es der Funda-

mente im Erfahrenen, und darauf will ich hier hauptsächlich eingehen.

Genossinnen und Genossen, die Schaffung des Landesverbandes hat sich in seiner Konzeption und Aufgabenstellung, in seinen Gremien und beschlußfassenden Organen grundsätzlich bewährt. Er hat seinen Platz

5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

gefunden im aufeinander abgestimmten, sich ergänzenden Konzept mit den Unterbezirken, den Bezirken und dem Parteivorstand in Bonn.

Der Landesverband ist notwendig, um sozialdemokratische Landespolitik in der Partei vorzubereiten, sie zu formulieren und in ihr zu vermitteln. Ein wirkungsvoller Landtagswahlkampf ist ohne ihn kaum vorstellbar. Schließlich – auch das ist nicht zu vergessen – sind die Aufgaben: ständige – auch kritische – Begleitung der Arbeit von Landtagsfraktion und Landesregierung sowie die Vermittlung von SPD-Positionen auch außerhalb von Wahlkämpfen gegenüber der Öffentlichkeit.

Organisations-, Bundes- und Europapolitik sind den Bezirken und deren nachfolgenden Gliederungen sowie dem Parteivorstand vorbehalten. Für den Bereich der Kommunalpolitik leistet der Landesverband – insbesondere bei den Wahlkämpfen – flankierend Hilfestellung, im übrigen muß in diesem Zusammenhang auf die SGK verwiesen werden.

An dieser formulierten und anerkannten Aufgabenstellung des Landesverbandes sollte nicht gerüttelt werden, dies ist auch bei den umfassenden Vorarbeiten zur Überarbeitung und Ergänzung der Landessatzung, über die wir heute noch diskutieren und beschließen werden, zum Ausdruck gebracht worden.

Genossinnen und Genossen, vier Wahlkämpfe in nur knapp 16 Monaten haben die Parteiorganisation und insbesondere natürlich auch die vielen Wahlhelfer stark strapaziert. Der Landesverband wurde hierbei erstmals besonders gefordert bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen durch umfangreiche Argumentationshilfen, durch Werbemittelangebote, durch Referentenvermittlung, aber auch durch eine zentral eingesetzte ZaS mit über 27 Regionalausgaben.

Ich glaube, daß die grundsätzlich getroffene Entscheidung, den Kommunalwahlkampf an den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten auszurichten, also dezentral zu führen, richtig war. Deshalb war es auch sehr schwierig, die Zeitung am Sonntag als zentrales

Werbemittel einzusetzen. Trotz des hohen organisatorischen und finanziellen Aufwandes konnten die Regionalausgaben nur begrenzt auf lokale Ereignisse und Notwendigkeiten eingehen, wie dies an und für sich wünschenswert gewesen wäre. Deshalb kann ich nicht empfehlen, bei künftigen Kommunalwahlen die ZaS erneut zentral einzusetzen.

Das gute Ergebnis der Landtagswahl soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die im Wahlkampf gemachten Erfahrungen für die Zukunft zwingend erscheinen lassen, Wahlkämpfe viel langfristiger, viel gründlicher, viel umfassender vorzubereiten. Wir haben es als schwerwiegenden Nachteil empfunden, daß wir in die letzte Landtagswahl mit einer relativ kurzfristigen Vorbereitungszeit gehen mußten. Nach jeder Wahl wird zwar allgemein darüber diskutiert und es herrscht auch allgemeine Einigkeit darüber, daß die Ergebnisse gründlich auszuwerten seien, aber seien wir ehrlich: passieren tut das selten. Auch hier: die vorangegangenen Wahlen sind nur unzulänglich ausgewertet und nachgearbeitet worden. Deshalb war vieles im Landtagswahlkampf zwar nach bestem Wissen und Gewissen, aber mehr nach politischem Instinkt, denn nach gründlicher Analyse eingestiftet worden.

Die Hilfe, die wir bei der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes auch außerhalb unseres Landes gefunden haben, hat uns vieles erleichtert. Dafür habe ich zu danken. Ausdrücklich erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang Fritz Halstenberg, der heute hier unter uns ist und der uns trotz großer Schwierigkeiten beim Parteivorstand in Bonn sehr konkret geholfen hat. Für die Bonner aber war es sicher gut angelegtes Geld, denn die Landtagswahl hat die Stimmung vor der Bundestagswahl geprägt, und ihr Ergebnis war sicherlich auch Ansporn im Bundestagswahlkampf.

Eine Dokumentation über den Landtagswahlkampf ist Euch bereits vor längerer Zeit vorgelegt worden. Hinzu kommt noch eine ergänzende interne Dokumentation, die uns bei der Vorbereitung des nächsten Landtags-

wahlkampfes helfen soll. Zwar ist die Kritik am Landtagswahlkampf – wohl vor allem wegen des guten Ergebnisses – sehr klein geblieben, aber manchmal sind wir allzusehr geneigt, unsere Kritik an der Wahlkampf-führung mit Schlagwörtern wie „Agenturwahlkampf“ oder „Waschmittelwahlkampf“ zusammenzufassen. Meist entlarvt sich dies als hohles Gerede und Nörgelei, denn bessere Alternativen werden nur selten aufgezeigt. Wir sind stolz darauf, hier in Nordrhein-Westfalen eben keinen Agenturwahlkampf geführt zu haben: alle politischen Grundaussagen des Wahlkampfes unterlagen unserer Schlußfassung und Steuerung. In jeder Phase waren wir Herr der Wahlkampf-führung, und die Strategie ist ausschließlich in den dafür gebildeten Gremien des Landesverbandes mit der Wahlkampfleitung festgelegt worden. Die Agentur, die sicherlich auch gute Arbeit geleistet hat, war für uns lediglich umsetzende Instanz, die wir in jeder Phase des Wahlkampfes kontrollieren und steuern konnten.

Mir lag sehr daran, auf diesen Sachverhalt und diesen Tatbestand einmal deutlich hinzuweisen.

Natürlich war auch bei diesem Landtagswahlkampf der finanzielle Einsatz sehr hoch. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, daß wir die einzige der im Landtag vertretenen Parteien, mit Einschluß der FDP, waren, die ein Wahlkampfabkommen abgeschlossen hatten, die inzwischen auch öffentlich Rechenschaft über die Wahlkampfkosten abgelegt hat.

Bei den hohen Kosten ist aber zu bedenken, daß die großen Kostenblöcke, wie ZaS, die ja auch im nächsten Landtagswahlkampf wieder erscheinen soll, Zeitungsanzeigen, Rundfunk- und Fernsehspots und Großflächenwerbung festliegen. Darauf kann auch meines Erachtens in Zukunft nicht verzichtet werden. Die Landtagswahl im Jahre 1985 findet nach der nächsten Bundestagswahl statt. Wir in NRW können nicht darauf bauen, daß der Parteivorstand uns dann wieder finanziell helfen wird. Das wird, so glaube ich, von Bonn und von Fritz Halstenberg genauso ge-

5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

sehen. Aber Genossinnen und Genossen, ob es uns paßt oder nicht: Viele unserer Wähler müssen auch optisch auf die Bedeutung der Landtagswahl im Jahre 1985 hingewiesen werden. Wir müssen bereits jetzt die Finanzierung des Wahlkampfes sichern. Landesverband und Bezirke werden sich in diesem Zusammenhang außerordentlich engagieren müssen. Wir können diese Entscheidung nicht auf das Jahr 1984 verschieben.

Zum Bundestagswahlkampf ist anzumerken, daß der Landesverband entsprechend seiner Aufgabenstellung unterstützende Arbeit leistet. Die Verantwortung für die Vorbereitung und die Durchführung lag naturgemäß beim Parteivorstand bzw. den Bezirken. Der Landesverband hat personelle und argumentative Hilfe geleistet, wo immer dies gefordert war.

Genossinnen und Genossen, wir haben uns inzwischen auch auf die neue Situation mit der absoluten Mehrheit im Landtag und der alleinigen Regierungsverantwortung gut eingestellt. So hat sich das Verhältnis des Landesverbandes zur Fraktion und zur Landesregierung sehr kooperativ, aber einem vernünftigen politischen Selbstverständnis entsprechend und auch aufgabenabgrenzend, entwickelt. Es gibt kein falsches Konkurrenzverhältnis, weil die Kompetenzverteilung klar abgegrenzt ist.

Aus den Erkenntnissen und Ergebnissen der Arbeit der vergangenen bei-

den Jahre ergeben sich für mich folgende drei Schwerpunkte für die Arbeit des Landesverbandes in den kommenden Jahren:

1. Solidarische, wenn notwendig auch kritische Begleitung der Arbeit von Landtagsfraktion und Landesregierung bei der Verwirklichung des Wahlprogramms;
2. Straffung der Arbeit des Landesverbandes durch Lichtung des Gremienwildwuchses;
3. Langfristige Vorbereitung der Wahlkämpfe 1984/85.

Von der Notwendigkeit der konsequenten Verwirklichung unserer Wahlversprechen hat Johannes Rau schon gesprochen. Die Wähler haben uns am 11. Mai 1980 mit der absoluten Mehrheit versehen, und so gab es die Chance für eine Regierungserklärung, die in der Kontinuität unserer Programmatik steht.

Wir sind in den Landtagswahlkampf gegangen mit einer Leistungsbilanz, die überschrieben war „Leistung für unser Land“. Wir erarbeiteten ein Programm „Politik für unser Land“ und einen Handlungsrahmen „Handeln für unser Land“. Nicht nur dieser Landesparteitag, sondern auch unser Handeln in den nächsten Jahren, steht unter dem Motto „Verantwortung für unser Land“. Was wir dabei auch unter schwierigen Bedingungen zu leisten vermögen, was konkret meßbar sein wird, ist letztlich für den Wähler ent-

scheidend. Forderungs-Hitlisten, das Ersetzen einer unerfüllten Forderung durch eine noch weitergehende, verändert bestehende Zustände nicht. Keiner wird uns 1985 seine Stimme wegen besonders wohlklingender Formulierungen oder noch so schöner Formeln geben. Wir werden daran gemessen werden, was wir konkret geleistet haben. Dabei ist es die Aufgabe der Partei, ihre Beschlüßfassungen und Diskussionen an realistischen Überlegungen, an vorhandenen Bedingungen zu orientieren und dadurch erst die Umsetzung von artikuliertem, politischem Willen zu ermöglichen. Das ist meines Erachtens der richtige Weg, den Konsens zwischen Partei und umsetzenden Mandatsträgern dauerhaft, und darauf kommt es an, zu sichern.

Die Partei muß Forum für offene Diskussionen sein. Die Einbeziehung realistischer Weitsicht schon in den Meinungsbildungsprozess erhält die Wirksamkeit der Partei als glaubwürdiger Vorreiter und Perspektivengeber. Wir sind darauf angewiesen. Die entsprechende Unruhe muß die Partei dabei ertragen. Hier liegt ihr Sinn im demokratischen Prozess der Willensbildung, hier muß sie Nervenkraft und Geduld bewahren. Die Diffamierung von inhaltlichen Kontroversen als Zerrissenheit darf uns nicht kopfscheu machen und zu nervösen Fehlreaktionen verleiten. Aber gegenseitige Toleranz im Meinungsbildungsprozess setzt auch voraus, daß sich jeder, noch nicht wissend, ob er letztlich zur Mehrheit oder zur Minderheit gehören wird, darauf verlassen kann, daß das gemeinsam erarbeitete Ergebnis von allen getragen, vertreten und auch zur Geltung gebracht wird. Die Bereitschaft zu gegenseitiger Toleranz in der Diskussion wird nur erhalten bleiben, wenn alle davon ausgehen können, daß am Ende Geschlossenheit im Handeln steht. Den Stein der Weisen hat niemand. Richtschnur ist deshalb die Mehrheitsentscheidung. Dieses Prinzip muß durchgesetzt bleiben. Es ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit in den nächsten Jahren.

Genossinnen und Genossen, in den vielen Gremien des Landes-



Delegierte des Bezirks Westliches Westfalen.

5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

verbandes wurde engagiert und konkret an der Weiterentwicklung unserer politischen Vorstellungen gearbeitet. Mit der Amtsperiode dieses Landesvorstandes, also heute, endet auch die Beauftragung der Kommissionen, Ausschüsse, Gesprächskreise und Arbeitsgruppen. Denjenigen, die bisher darin aktiv mitgearbeitet haben, soll von hier aus ausdrücklich und herzlich gedankt werden.

Es gibt allerdings eine Reihe von Anzeichen, die den Verdacht begründen, daß in zu vielen Gremien, Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen in unnötig geringen Abständen getagt wurde. In unserem Verzeichnis sind rd. 1.000 Namen und Anschriften von Genossinnen und Genossen enthalten, die in Arbeitsgremien auf Landesebene mitwirken. Es sind nicht allein finanzielle Erwägungen, wenn ich dringend rate, den Wildwuchs von Kommissionen unverzüglich zu lichten: Wer seine Freizeit einbringt, um in unserer Partei und für unsere Partei zu wirken, hat einen Anspruch darauf, daß dies auch effizient organisiert, sinnvoll vorbereitet und vor allem mit nachvollziehbarer Wirkung geschieht. Dies scheint mir bei der jetzt erreichten Anzahl und Größe der dem Landesvorstand zuarbeitenden Gremien nicht mehr gewährleistet. Hier muß eine Straffung einsetzen. Der neu zu wählende Landesvorstand muß wieder zurückgreifen können auf zuarbeitende und umsetzende Arbeitsgruppen, die nur für ein bestimmtes Thema eingerichtet und nach erfolgtem Auftrag aufgelöst werden.

Die vor uns liegenden Anforderungen sind für die Partei und ihren Apparat eine große Herausforderung. In der Organisation kann und muß einiges verbessert werden. Auf die Problematik der Vorbereitung der Wahlkämpfe habe ich schon hingewiesen. Wahlkampfplanung und -vorbereitung wird zunehmend zu einer hohen Management-Anforderung. Wahlstrategische Überlegungen können immer weniger mit dem sogenannten „Finger-im-Wind“ oder der berühmten „Nase“ angestellt werden; die Planungsinstrumente werden immer differenzierter und der Anspruch an die Qualität der

Zuarbeit für die politisch Verantwortlichen in den Gremien immer höher. Hier liegt eine Hauptaufgabe für die Tätigkeit des Landesbüros. Dazu muß es aber auch personell und sachlich ausgestattet sein, das heißt konkret: Die inzwischen bewährte Konzeption, Arbeitsteilung und Zusammensetzung muß gesichert bleiben. Die politisch Verantwortlichen im Landesvorstand bedürfen auch – das muß einmal deutlich gesagt werden – professioneller Zuarbeit.

Im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften, die schon immer ein sehr unbefangenes Verhältnis zu ihrem Apparat hatten, die ihn pflegten, ausbauten und hochwertig besetzten, tut sich die Partei im Umgang mit ihren Hauptamtlichen noch immer schwer. Allzuschnell wird Professionalisierung der Parteiarbeit als anrühlich bezeichnet. Wer sie fordert, setzt sich häufig dem Verdacht aus, er wolle die demokratischen Gremienstrukturen durch die, wie man sagt „Machenschaften der Hauptamtlichen“ unterlaufen. Dabei ist genau das Gegenteil richtig für eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung. Nur ein hochqualifizierter, spezialisierter und auch gut ausgestatteter Parteiapparat ist in der Lage, durch zuarbeitende und auch nacharbeitende Tätigkeiten den politischen Willen der ehrenamtlich besetzten Gremien und Mandatsträger voll zur Geltung zu bringen. Die Konservativen haben, was den Ausbau der organisatorischen Kraft betrifft, uns zwischenzeitlich erreicht und teilweise sogar überholt.

Ich bin zuversichtlich, daß der neue Bundesgeschäftsführer unserer Partei, Peter Glotz, energisch daran mitwirken wird, dies zu ändern, und ich bin sicher, daß die vom Landesvorstand gefällten Personalentscheidungen die weitere Arbeit des Landesbüros sichern werden, damit die Aufgaben, den kommenden Anforderungen gerecht, bewältigt werden können.

Das hohe inhaltliche Niveau der Serviceleistungen muß beibehalten bleiben, denn das Serviceangebot an die Gliederungen der Partei in Form einer gut vorbereiteten inhaltlichen Zuarbeit hat sich bewährt. Der während des

Landtagswahlkampfes konzipierte innerparteiliche Informationsdienst soll beibehalten bleiben und schon jetzt wird das Landesbüro mit den Vorbereitungen der Landtagswahl 1985 beginnen müssen. Die wahlfreien Jahre bieten dazu eine Chance. Sie bieten eine Chance zur gründlichen Bestandsaufnahme der Parteiarbeit und zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Jahre 1983 bis 1985.

Bereits ab Ende 1983 wird die Partei wieder durch Wahlkämpfe gefordert sein. Den Einstieg und Auftakt bieten dabei die für Mitte 1984 geplanten Europawahlen. Danach geht es für uns schon sehr schnell in die Kommunalwahl und in die Bundestagswahl. Das, was wir also in den Jahren 1981 und 1982 gemeinsam mit den Bezirken zur Vorbereitung dieser Wahlkämpfe erarbeiten, wird dann auf dem Prüfstand stehen.

Inzwischen haben wir vier konkrete Projekte, die der Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes dienen, zum Teil schon in der Durchführung. Die Parteigliederungen werden einbezogen und gründlich beteiligt, das kann ich zusichern. Die Umsetzung und die Diskussion in der Partei sollen dann ab Herbst 1982 beginnen.

Genossinnen und Genossen, es ist klar, daß solche Projekte nachhaltige Unterstützung aller erfordern, wenn sie erfolgreich sein sollen. Deshalb bitte ich Euch schon jetzt nachdrücklich um Eure Unterstützung und um Eure Hilfe.


Damit möchte ich zum Schluß kommen und mich gleichzeitig von Euch aus der Funktion als hauptamtlicher Landesgeschäftsführer verabschieden. Ich möchte mich bei allen meinen Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro und in den Bezirken und Unterbezirken sehr herzlich bedanken für die konstruktive Mitarbeit, für die Zusammenarbeit und auch für das stets kollegiale Verhältnis. Meinem Nachfolger in diesem Amt wünsche ich für die zukünftige Arbeit alles Gute. Ich bin sicher, er hat die Voraussetzungen für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.“

5. b) Bericht der Kontrollkommission Karl Mirus

 Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bericht der Kontrollkommission gehört nicht gerade zu den mit Spannung erwarteten Höhepunkten eines Parteitages. Dennoch ist er mehr als satzungsgemäße Pflicht, mehr als ein unverbindliches Ritual. Er ist in diesem Fall das Ergebnis von zwölf Sitzungen der Kontrollkommission, bei denen sehr gründlich die Finanzabwicklung im Landesverband geprüft wurde.

 Die Aufgaben der Kontrollkommission gehen über die Prüfung der Korrektheit abgewickelter Geldgeschäfte hinaus. Zu ihren Aufgaben zählt es, den buchhalterischen Soll-Ist-Vergleich zu beachten und mitzuwirken an realistischen Finanzplanungen. Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist dann eine politische, wenn sie auf der Basis der Beschlußlage unserer Partei die Prioritäten eines sinnvollen Mitteleinsatzes ebenfalls mit beachtet und beurteilt.

Während des Berichtszeitraums war natürlich die finanzielle Abwicklung der Wahlkampfmaßnahmen Schwerpunkt. Dem Landesgeschäftsführer Rainer Maedge, der an nahezu allen Sitzungen der Kontrollkommission teilnahm, ist – wie den anderen Kollegen der Geschäftsführung des Landesbüros – vorbildliche Korrektheit, Sparsamkeit und im Sinne politischer Prioritätensetzung zielgerichtete Mittelverwendung zu bescheinigen.

Die buchhalterischen Arbeiten in Ver-

bindung mit der finanziellen Abwicklung, für die im Landesbüro Monika Müller verantwortlich ist, sind ebenfalls vorbildlich durchgeführt worden. Wir konnten die Buchhaltung immer lückenlos kontrollieren, die Kontenführung war korrekt und übersichtlich und die Jahresabschlüsse wurden termingerecht und einwandfrei vorgelegt. Ratschläge und Hinweise, die wir aus unserer Prüftätigkeit der finanziellen Unterlagen entwickelten, fanden im Landesbüro bereitwillige Beachtung.

Meine Kollegen und ich zählen es zu unseren Aufgaben, in beratendem und anregendem Sinne ein möglichst wirtschaftliches und effizientes Finanzgebahren des Landesverbandes zu sichern. Der wirtschaftliche Mitteleinsatz ist auch erklärter Wille des gesamten Landesvorstandes. Dies paßt in die Zeit, denn nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch auf allen Ebenen der Partei ist Sparsamkeit das Gebot der Stunde.

Besonders am Herzen liegt es uns aber, im Rahmen vorausschauender Planung schon jetzt eindringlich zu appellieren, für den nächsten Landtagswahlkampf die notwendigen Rücklagen zu schaffen und abzusichern.

Wie Rainer Maedge einleuchtend erklärte, wird auch bei einer geänderten Wahlkampfkonzeption der nächste Landtagswahlkampf mit Sicherheit nicht billiger zu haben sein als der jetzige. Der Landtagswahlkampf

1985 wird nach der Bundestagswahl stattfinden, und es ist realistisch, anzunehmen, daß wir dann – zumindest finanziell – auf unsere eigene Kraft bauen müssen.

Die Geschäftsführung des Landesverbandes hat dem Landesvorstand eine mittelfristige Finanzplanung bis zu dem Termin der nächsten Wahl vorgelegt. Wir von der Kontrollkommission sehen uns dieser Planung verpflichtet und werden an ihrer Einhaltung mitwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich zum Abschluß ausdrücklich bei meinen Kollegen der Kontrollkommission für die geleistete Arbeit und Zusammenarbeit bedanken. Da sind Rainer Verhoeven, Max Archimowitz, Hans Kalkbrenner und Wilfried Mittelberg, da ist aber auch Monika Müller, und da sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbüros, denen mein Dank gilt.

Wie Ihr meinem mündlichen und schriftlichen Bericht entnehmen werdet, ist der Antrag, den Landesvorstand und die Geschäftsführung zu entlasten, wohlbegründet. Die Kontrollkommission stellt also den Antrag, dem Landesvorstand und der Geschäftsführung die Entlastung zu erteilen.

Ich danke für Eure Geduld.“

Dem Antrag der Landeskontrollkommission, Landesvorstand und Landesgeschäftsführung zu entlasten, wurde bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig stattgegeben.

6. Aussprache

Die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. wurden diskutiert. Johannes Rau nahm dazu abschließend Stellung.

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich für die Diskussionsbeiträge zum Bericht bedanken und möchte gleichzeitig um Verständnis dafür bitten, daß eine einstündige Rede nicht alle Akzente und nicht alle Bereiche vollständig und manche wichtigen Bereiche gar nicht ansprechen kann. Ich habe während der Rede Teile weggelassen, obwohl sie mir wichtig waren, weil mein Eindruck war, daß man der Partei auch dadurch einen Dienst tun kann, daß man seine Rede begrenzt und mehr Raum für Diskussionen schafft, auch wenn man dabei auf bestimmte wichtige Schwerpunkte verzichten muß.

Freilich glaube ich, daß ein paar Mißverständnisse ausgeräumt werden müssen, und mir ist wichtig, daß das auch vor den Wahlen, die wir heute hier haben, geschehen kann.

Ich möchte dem Parteitag sagen, daß mich die Vorwürfe, ich hätte durch öffentliche Erklärungen die Diskussion des Parteitages vorstrukturiert, nicht treffen. Wenn das zu rügen

ist, daß ein Landesvorsitzender vor dem Parteitag sagt: „Wir kommen zusammen, um dem Bundeskanzler den Rücken zu stärken, und wir kommen zusammen, um noch mehr Geschlossenheit zu zeigen als bisher...“, dann stimmt was nicht, denn das ist unser Auftrag und dazu sind wir alle gewählt. Ich jedenfalls verstehe meinen Auftrag so. Ich verstehe ich nicht so, daß ich an Formulierungen kleben müßte. Und wenn Heike Peters gestern die ganze Zeit dabeigewesen wäre bei der Diskussion im Landesvorstand, dann hätte sie die Chance gehabt, zu sehen, welche Veränderungsvorschläge ich selber eingebracht habe und zu wievielen Veränderungsvorschlägen ich Ja gesagt habe. Nur, wenn dann ein Satz eingebracht wird, der das Gegenteil dessen sagen will, was der Gesamtantrag sagt, dann sage ich: Nein, das ist nicht mehr veränderbar. Heike, so war die Situation im Landesvorstand, und deshalb sprechen wir hier darüber.

Ich bin der Auffassung, daß der Doppelbeschluß, der so viele Menschen im Lande ärgert, bewegt, stört und manche in Angst versetzt, daß dieser Doppelbeschluß, der kein Aufrüstungsbeschluß ist, sondern ein Doppelbeschluß, daß der die einzige Chance ist, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, und deshalb bin ich dafür. Ich bin dafür als jemand, der nicht nur Sympathien für die Friedensbewegung hat, sondern der eigene Freunde hat, die da mitmachen und für die das eine Gewissensentscheidung ist, da mitzumachen. Und damit das hier klar ist: Über die Rechte zur Wehrdienstverweigerung braucht man einen Mann wie Diether Posser oder auch mich nicht zu belehren. Und für Pazifismus und für Straffreiheit und die entsprechenden Gesetze haben wir uns eingesetzt, speziell auch Diether Posser und ich, da war das in der SPD

noch gar nicht üblich, sich dafür einzusetzen. Nur steht im Godesberger Programm das Ja zur Landesverteidigung und das Ziel der Abrüstung, und deshalb bin ich dagegen, daß wir irgendjemanden ausgrenzen. Das gilt für die Wehrdienstverweigerer wie auch für diejenigen, die ihren Wehrdienst leisten. Beide haben Anspruch auf Solidarität.

Noch einmal zu dem Vorwurf der Vorgaben. Vorgaben ja, aber keine Vorgaben in dem Sinne, daß ich sage: das darf beschlossen werden und das darf nicht beschlossen werden. Aber doch wohl so, daß der gewählte Landesvorsitzende sagen kann, die und die Linie kann ich mittragen und die kann ich vorschlagen. Aber ich muß auch sagen können: da kann ich nicht mehr mitgehen. Das werde ich tun, das werde ich auch bei den Anträgen tun und das werden andere kontrovers tun. Dazu sind wir hier zusammen. Da habe ich kein Mandat, dem anderen zu sagen, wie er stimmen soll. Aber ich habe doch das Recht, zu sagen, was ich für richtig halte. Das ist meine Pflicht. Ihr würdet doch sagen, der taucht ja weg, wenn der das nicht sagt.

Ich bin der Meinung, daß wir im nächsten Halbjahr vor schwierigsten Verhandlungen stehen, und man muß mal nur die Namen derer sagen, die da an einen Tisch kommen müssen, um zu wissen, was das heißt. Da muß man die Entwicklung der französischen Politik sehen. Schließlich haben wir dort drei Sonntage mit sozialistischen Siegen gehabt. Das hätte ich gern heute morgen auch noch gesagt, wie wir uns darüber freuen, daß das gelungen ist. Aber Mitterand hat nicht gesagt: jetzt aber weg mit dem Doppelbeschluß. Freunde, die außen- und verteidigungspolitische Linie von Mitterand sollen sich alle einmal angucken, damit wir wissen, was hier in Europa geschieht und was in Entwicklung ist.

6. Aussprache zu 4. und 5.

Und da kann ich nur sagen: Ich will, daß Helmut Schmidt gestärkt durch seine Partei in die Verhandlungen geht und auf Verhandlungen drängt. Und ich will auch, daß Willy Brandt am Mittwoch, wenn er in Moskau Gespräche führt, Gespräche, nicht Verhandlungen, daß er auch die Linie kennt, die seine und auch meine Linie ist und eine Linie, die ich nicht frei erfunden habe, sondern die auf dem Parteitag in Berlin 85 Prozent der Delegierten hinter sich gebracht hat nach mehreren schwierigen, bis in die Nächte gehenden Gesprächen. Deshalb lasse ich über Modalitäten mit mir reden, einige sprechen ja noch miteinander. Aber ich sage: Wir müssen Kurs halten, und ich sage: Ich weiß, wie schwer das ist, und deshalb habe ich einen so langen Abschnitt über Friedenspolitik in meiner Rede gehabt, damit nicht der Eindruck entsteht, den auch manche Redner hier entwickelt haben, als sei draußen die Friedensbewegung und hier die Vorbereitung zur Wiederaufrüstung. Freunde, das ist nicht die Lage. Einige haben gesagt, wo sie enttäuscht sind, wo sie verbittert sind, einige sogar wütend. Nur, Freunde, bevor Ihr über etwas wütend seid, oder bevor Ihr Euch in die Resignation treiben laßt, macht das, was ich gelegentlich den Pastoren auch empfehle: Die Texte lesen, bevor man die Predigt schreibt. Dann werdet Ihr nämlich feststellen, wir haben einen Gesamtschul-Gesetzentwurf, – um es einmal an diesem Beispiel zu zeigen –, der ist nicht nur von der Landtagsfraktion einstimmig gebilligt, das heißt auch mit meiner Stimme, auch mit der der AfB-Bundes- und -Landesvorsitzenden, sondern der stimmt auch mit dem überein, was wir im Wahlprogramm und in der Regierungserklärung gesagt haben. Reine Lehre ist noch was anderes, reine Lehre wollte ich nicht. Ich wollte mehr Gesamtschulen. Aber jetzt ist die CDU in der Frage, wo sie denn hin will und nicht wir, denn wir haben eine klare Position, und wir haben das richtige Gesetz, und das soll man dann auch mal sagen, daß wir das haben. Und dann wollen wir das auf den Weg bringen. Dann

wollen wir der Gesamtschule endlich einmal die Chance geben, die die bürgerlichen Parteien dieser Schulform seit Jahrzehnten verweigert. Nicht ein Naturschutzpark für Gesamtschulen, nicht Privilegien für Gesamtschulen, sondern fachgerechte, angemessene, den pädagogischen Zielen der Gesamtschule entsprechende Bedingungen. Das ist gemeint.

Und dann füge ich hinzu, was ich im Landtagswahlkampf gesagt habe. Ich habe im Landtagswahlkampf in über 200 Versammlungen gesagt: Was auf den Schildern steht, das Gymnasium muß bleiben, das finde ich gut, das muß nur ergänzt werden. Es muß heißen: Das Gymnasium muß bleiben und die Gesamtschule muß kommen. Diese Linie halte ich für richtig. Ich halte es für ganz falsch, den öffentlichen Eindruck zu erwecken, Sozialdemokraten wären Leute, die genau in dem Augenblick das Gymnasium abschaffen, wo Arbeiterkinder die Chance haben, auf das Gymnasium zu gehen oder auf die Gesamtschule, je nachdem, wie sie es wollen. Das wollen wir erreichen.

Ich gebe Maria Jammes zu, daß das Thema Frauen, das sie angesprochen hat, von mir zu wenig, das heißt gar nicht, behandelt worden ist. Frage der Mitarbeit der Frauen. Aber Maria Jammes sollte dann zugeben, daß es eine Fülle von Aktivitäten gibt, auch Aktivitäten von mir bis hin zu der Ankündigung des Frauenberichts in der vorletzten Plenarsitzung des Landtags, in dem ich versuche, diese Dinge voranzutreiben. Nur wenn Du dann den „Delegiertenkörper“, so nennt man das ja wohl – ich meine jetzt nicht die einzelnen Delegierten, siehst und daraus Deine Schlüsse ziehst, Maria: Die Delegierten habe ich nicht ausgesucht, sondern das ist eine Situation, die muß sich im Unterbezirk und im Ortsverein ändern und darüber habe ich nun wirklich in Hunderten von Versammlungen und Gesprächen geredet, und ich habe den Eindruck, daß ich da meinen Beitrag geleistet habe. Nicht nur, indem mein Wahlkreis so neu zugeschnitten ist,

daß jetzt Ursula Kraus aus Wuppertal mit im Landtag und hier im Präsidium ist, worüber ich mich freue, sondern auch in den vielen Bezirken und Unterbezirken, in denen ich zu dem Thema gesprochen habe. Ich gebe zu, wir haben da Defizite. Ich gebe zu, wir müssen noch nacharbeiten, und deshalb habe ich die Mahnung von Dir als Erinnerung verstanden. Ich gestehe, daß ich nicht weiß, warum wir im Bericht nicht das offenbar Beschlossene, nämlich einen speziellen Bericht über Frauen in den Mandaten auf den Ebenen der Partei, haben. Es kann sein, daß das ein Versäumnis ist. Laßt mich Euch nochmals sagen, was ich in einem Pressegespräch gesagt habe, und ich habe den Landesvorstandsmitgliedern die Texte geschickt: Ich bin dagegen, daß alle Äußerungen zum Doppelbeschluß auf die Frage hin geprüft werden, wie Kanzlernah und wie kanzlerfern sie sind. Ich bin dagegen. Nur, wer glaubt, der emanzipatorische Charakter eines Parteitages würde durch Widerspruch zur Linie des Kanzlers deutlich, der hat nach meiner Meinung ein falsches Bild von Emanzipation. Wir müssen da auf Nebenmann denken.

Und jetzt laßt mich ein persönliches Wort zum Abschluß sagen. Ich hoffe, das andere war deutlich genug, aber auch das persönliche Wort will ich deutlich sagen. Ich habe hier nicht zu begrüßen und es sind auch hier viele besonders begrüßt worden. Aber ich möchte noch jemanden zusätzlich begrüßen, weil er mir lieb und wert ist und weil die ganze Partei zu danken hat. Ich meine die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Anke Brunn, die wir nach Berlin gegeben haben. Da man bei mir immer sagt, das seien alles Bibelworte, will ich Euch sagen, was mir eben einfiel – es ist gar kein Bibelwort, sondern es ist von einem Siegerländer. Heinrich Jung-Spilling hat einmal gesagt: „Selig sind die, die da Heimweh haben, denn sie werden nach Hause kommen.“ Man kann das sehen, wie man will. Jedenfalls: Dein Zuhause ist auch immer hier bei uns, und wir freuen uns, daß Du da bist.“

7. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Karl Mirus erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

„Der Delegiertenschlüssel wurde am 4. Februar 1981 den Bezirken auf der Bemessungsgrundlage der abgerechneten Beitragsquartale IV/79 sowie I, II und III/80 wie folgt mitgeteilt:

Westliches Westfalen	147
davon anwesend	147
mit Mitgliedsbuch	139
ohne Mitgliedsbuch	8
Ostwestfalen-Lippe	30
davon anwesend	30
mit Mitgliedsbuch	30
Mittelrhein	52
davon anwesend	52
mit Mitgliedsbuch	50
ohne Mitgliedsbuch	2
Niederrhein	71
davon anwesend	71
mit Mitgliedsbuch	70
ohne Mitgliedsbuch	1
Landesvorstand	18
davon anwesend	18
mit Mitgliedsbuch	17
ohne Mitgliedsbuch	1

Von den insgesamt 318 Stimmberechtigten sind somit 12 ohne Mitgliedsbuch erschienen. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, den Landesparteitag zu befragen, ob die ohne Mitgliedsbuch Erschienenen stimmberechtigt sein sollen.“

Der Landesparteitag stimmte dem Antrag auf Stimmberechtigung der anwesenden 318 Delegierten und Mit-

gliedern des Landesvorstandes zu. Ergänzend teilte Karl Mirus auf Anfrage des Landesparteitages den Anteil der weiblichen Stimmberechtigten mit:

Westliches Westfalen	25
Ostwestfalen-Lippe	6
Mittelrhein	2
Niederrhein	14
gesamt:	47 (16%).



Delegierte des Bezirks Mittelrhein.

9. Wahlen

Die Wahlen wurden nach der angenommenen Geschäftsordnung durchgeführt.

Wahlergebnisse:
318 Stimmberechtigte

a) Wahl des Landesvorsitzenden

Johannes Rau
318 abgegebene Stimmen
316 davon gültig
2 davon ungültig
292 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

b) Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden

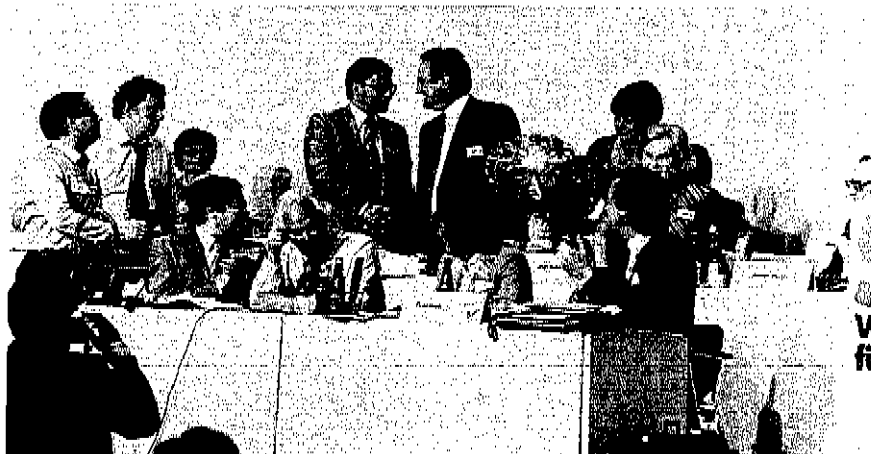
Antje Huber
315 abgegebene Stimmen
313 davon gültig
2 davon ungültig
217 Ja-Stimmen
82 Nein-Stimmen
14 Enthaltungen

Christoph Zöpel
314 abgegebene Stimmen
311 davon gültig
3 davon ungültig
217 Ja-Stimmen
81 Nein-Stimmen
13 Enthaltungen

c) Wahl der Beisitzer

312 abgegebene Stimmen
306 davon gültig
6 davon ungültig

Franz-Josef Antwerpes
222 Ja-Stimmen
Friedhelm-Julius Beucher
184 Ja-Stimmen



Friedhelm Farthmann

249 Ja-Stimmen
Reinhard Grätz
234 Ja-Stimmen
Helmut Hellwig
205 Ja-Stimmen
Waltraud Hessedenz
218 Ja-Stimmen
Werner Kuhlmann
237 Ja-Stimmen
Rainer Maedge
239 Ja-Stimmen
Horst Niggemeier
185 Ja-Stimmen
Diether Posser
288 Ja-Stimmen
Helga Schmedt
218 Ja-Stimmen
Hans Schwier
231 Ja-Stimmen
Hilmar Selle
193 Ja-Stimmen
Gerd Wendzinski
216 Ja-Stimmen
Fritz Ziegler
252 Ja-Stimmen

d) Wahl der Mitglieder der Landeskontrollkommission

293 abgegebene Stimmen
289 davon gültig
4 davon ungültig
Max Archimowitz
275 Ja-Stimmen
Hans Kalkbrenner
272 Ja-Stimmen
Karl Mirus
278 Ja-Stimmen
Wilfried Mittelberg
276 Ja-Stimmen
Rainer Verhoeven
280 Ja-Stimmen

e) Wahl eines Mitglieds des Parteirates

Christoph Zöpel
293 abgegebene Stimmen
289 davon gültig
4 davon ungültig
202 Ja-Stimmen
75 Nein-Stimmen
12 Enthaltungen

Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

10. Schlußwort Johannes Rau

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich will zum Schluß unseres Parteitages nur ein paar Bemerkungen machen.

Den Parteitag werden morgen, übermorgen und in den nächsten Tagen die Medien bewerten, das brauchen wir nicht zu tun. Aber wir sollten deutlich sagen: Diese Partei ist nicht so schlecht, wie sie von vielen gemacht wird. Ich will damit ausdrücken, wie wichtig es für mich heute war, wie Menschen argumentiert haben, wie Menschen andere überzeugt haben, wie daraufhin einige Positionen verlassen haben und das getan haben ohne Verlust ihrer Glaubwürdigkeit und ohne Verlust der uns gemeinsam bewegenden und hoffentlich in Zukunft antreibenden Ziele. Das scheint mir ein gutes Ergebnis dieses Parteitages zu sein.

Daß mich das Stimmenergebnis bewegt, will ich aussprechen. Ich habe, nachdem das Ergebnis bekannt wurde, den Weg ans Mikrofon nicht gemacht, weil ich der Meinung war, daß ich nicht ein Zwischenstück einlegen sollte. Aber ich will Euch sagen: Wenn man jetzt vier Jahre Vorsitzender hier im Land und fast drei Jahre Ministerpräsident ist, dann gibt es ja auch mal Situationen, in denen man sich selber sagt, das ist alles zu viel, oder, wo man von anderen gesagt bekommt, mach' nicht so viel, Du verschleißt Dich. Wenn man dann ein solches Ergebnis bekommt wie heute, dann ist das Anlaß zum Dank, und dann ist das eine Ermunterung für die nächste Etappe. Dafür möchte ich allen danken, und ich sage das auch für alle, die heute gewählt worden sind.



Wenn heute abend noch Gelegenheit zur Heiterkeit wäre, dann würde ich Euch gerne vorlesen, was die CDU unseres Landes zum Verlauf des Parteitages öffentlich erklärt hat. Das hat sie sinnvollerweise schon gemacht, bevor die Antragsberatungen begonnen hatten. Da sieht man: Die sind nicht nur vom Morgen, die sind vom Vormittag.

Ich zitiere: „Keine einzige Antwort haben wir gegeben. Jeder konkreten Antwort sind wir ausgewichen.“ Und die Jusos waren gar nicht hier, da steht nämlich: „In Abwesenheit der sich auf ihrem Kongreß in Lahnstein mit der Partei streitenden Jusos“. Und da bin ich natürlich „1. entscheidungsschwach und 2. der Feuerwehrmann der Bonner Baracke“.

– Wie gut, daß die nicht mehr aus Holz ist, daß wir die umgebaut haben!

Das geht da noch so weiter und dann kommt eine Sache, da kann man eigentlich schon nicht mehr mit Heiterkeit reagieren: „In diesem Zusammenhang muß es sich die CDU verbitten, daß die SPD die Friedenspolitik wieder einmal für sich allein reklamiert“.

Freunde, wenn solche Mißverständnisse möglich sind, dann müssen wir noch was tun an der politischen Kultur, denn kein Mensch hat gesagt, Friedenspolitik ist allein unsere Sache. Aber das möchte ich gern noch einmal wiederholen: Wenn die CDU die Not und die Angst unter jungen Menschen in der Frage der

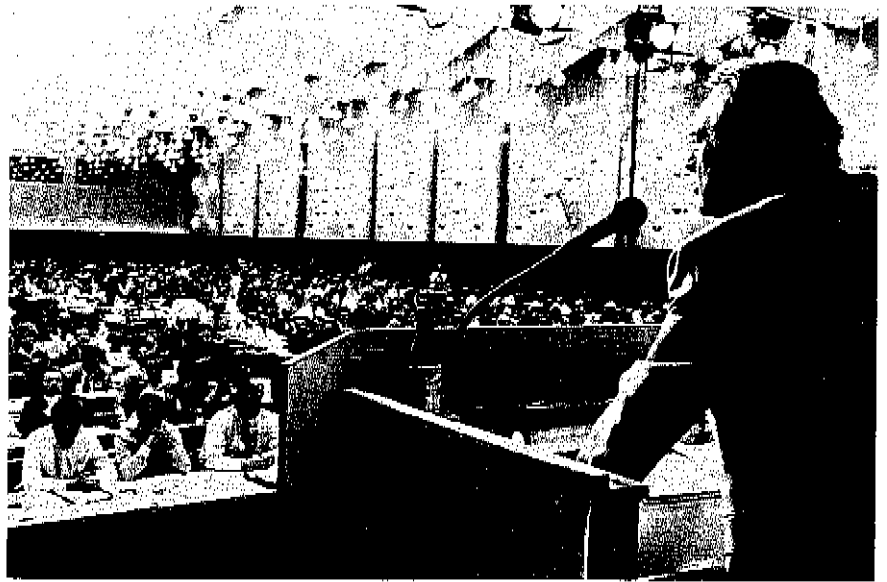
Rüstung nicht aufgreift, wie wir das hier in einer verantwortlichen Diskussion getan haben, dann hat sie nach meiner Meinung diese eigene Funktion, nämlich das Spektrum abzudecken jenseits unserer Wählerklientel verfehlt, und deshalb bin ich sehr froh darüber, daß wir so ernsthaft, so fair, so gut und mit einem so befriedigenden Ergebnis eine Diskussion geführt haben, bei der wir bei allen Beiträgen davon ausgehen konnten, hier sagen nicht nur Leute ihre Meinung, sondern hier versuchen Menschen, das, was ihnen an Nöten begegnet, einzubeziehen in politische Entscheidungsprozesse. Denn Parteien sind nicht für sich selber da, sondern für die Bürger, und das haben wir heute gezeigt.

Rudi Maerker ist gedankt worden. Ich will das nochmals wiederholen. Rudi, ich weiß nicht, ob die Blumen angekommen sind – ich habe schon wieder welche für Dich (es sind offenbar dieselben). Herzlichen Dank für Deine Mitarbeit, mach' weiter an den Stellen, an denen Du jetzt Verantwortung trägst. Wir freuen uns darüber, daß Friedhelm Beucher dazugekommen ist.

Wir sagen Dank an die gastgebende Stadt Köln, an den Bezirk Mittelrhein, vertreten durch den Vorsitzenden und die Delegierten, an den Unterbezirk Köln, vertreten durch viele, die hier geholfen haben, und an alle die, von denen man bei Parteitagern immer leider nur im Schlußwort redet, die heute malocht haben, daß es eine Zumutung war: die unbekanntenen und ungenannten Helferinnen, die in den Büros sitzen.

Wir haben 38.000 Blatt Papier heute hier verbraucht. Hoffentlich wird einiges von dem, was auf dem Papier steht, zur Änderung der politischen Wirklichkeit, hoffentlich setzt sich davon etwas um in dem, was jetzt in den Ortsvereinen geschieht.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbüros, die ja nicht nur heute, sondern in den Wochen zuvor diesen Parteitag so vorbereitet haben, daß wir ihn trotz der Enge und trotz der Wärme so gut haben absolvieren können.



Johannes Rau bedankt sich bei den Delegierten und Mitarbeitern des Parteitages für die intensive Arbeit in Köln.

Und nun laßt mich am Schluß wirklich nur noch eins sagen, und das ist für mich keine Floskel: Rainer Maedgen scheidet mit dem Ende dieses Monats als Landesgeschäftsführer aus. Ich möchte ihm von Herzen danken für den Einsatz, den er erbracht hat, für die Hilfe, die er geleistet hat, und ich füge hinzu: ohne ihn hätten wir die Landtagswahl nicht so gewonnen, wie wir sie gewonnen haben. Ich möchte ihm auch danken für die persönliche Freundschaft und Loyalität, die er mir als dem Vorsitzenden entgegengebracht hat. Er bleibt im Landesvorstand, Ihr habt ihn heute wiedergewählt, aber daß er ein paar Jahre sich auf Zeit und dann mit ganzer Zeit und mit ganzer Kraft als Landesgeschäftsführer eingesetzt hat, dafür sollte nicht nur ich ihm danken, sondern der Parteitag sollte das tun, der ihn mitgetragen hat in diesen Jahren. Seine Arbeit wird nach einem Beschluß, den wir gestern gefaßt haben, Bodo Hombach tun, der bisher der zweite Mann im Landesbüro war, dem ich meine guten Wünsche sage, mit dem der ganze Landesvorstand loyal zusammenarbeiten wird. Er hat eine Aufgabe übernommen in einer

schwieriger werdenden Zeit auch für unsere innerparteiliche Diskussion, das haben wir heute gespürt. Aber wir haben auch gezeigt, gesehen und erlebt: Mit Solidarität und mit Toleranz kann man zusammenbleiben, braucht man sich nicht auf die Nerven zu gehen, und dabei meine ich Toleranz so, wie Carlo Schmid sie formuliert hat: „Toleranz heißt nicht, den anderen hinnehmen, sondern ihn so wollen, wie er ist.“ Da haben wir alle noch ein Stück zu lernen. Laßt uns das beginnen.

Grüßt die Ortsvereine und Eure Familien und sagt ihnen: Das war ein Tag fleißiger Arbeit, das war ein guter Tag, ein erfolgreicher Tag, und von diesem Tag kann Zuwachs an Vertrauen ausgehen.“